



Finanzmarktregulierung G20-Gipfel: Die wichtigsten Ergebnisse

Als Ergebnis ihres Gipfels in Pittsburgh haben die G20 ein wirklich zwiespältiges Dokument vorgelegt. Wenn die G20 nicht bald konkrete Erfolge vorweisen, kann sich die neu geschaffene Gruppe genauso schnell tot laufen wie ihre Vorgängerin die G8. Auf der einen Seite werden alle bereits beim letzten Gipfeltreffen im April angesprochenen Themen weitergeführt. Auch in der Sprache unterscheidet sich das Dokument epochal von neoliberalen Hochzeiten. Gute Arbeitsplätze und Beschäftigungswachstum werden verbal ins Zentrum der Wirtschaftserholung gestellt. Mehrfach wird auf die Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen und den „Global Jobs Pact“ der ILO verwiesen. Auf der anderen Seite jedoch wird, wie in London, das meiste auf die lange Bank geschoben, erst einmal noch Gutachten in Auftrag gegeben und die Einführung konkreter Regeln hinausgeschoben. Das Ende ist offen.

Global Governance

Im Abschlussdokument heißt es: „Wir bestimmten die G20 als erstes Forum für unsere internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit.“ Die G20 lösen damit endgültig die G8, den ehemaligen Club der Industrieländer, in Wirtschaftsfragen ab. Die großen Schwellenländer werden dauerhaft aufgewertet. Die große Zahl der Entwicklungsländer allerdings bleibt weiterhin außen vor. Den G20 fehlt damit die Legitimation eines UN-Wirtschaftsrats, unter Beteiligungsgesichtspunkten jedoch ist der auf zwanzig Staaten erweiterte Kreis jedoch deutlich weniger angreifbar als die G8. Letztere treffen sich weiter zur Vorbereitung der G20-Gipfel und bleiben für Sicherheitsfragen zuständig.

Fiskalpolitik für den Aufschwung

Aus Sicht der G20 sollen die staatlichen Konjunkturprogramme fortgeführt werden, um den Aufschwung nicht zu gefährden. Die Finanzminister sollen jedoch Ausstiegsszenarien (Exit-Szenarien) entwerfen, die koordiniert umgesetzt werden sollen, wenn der Aufschwung vollständig gesichert ist (es wird kein konkreter Zeitpunkt genannt).

IG Metall: Für Exit-Diskussionen fehlt zur Zeit noch jede wirtschaftliche Grundlage. Im Gegenteil: die Regierungen müssen ihre Programme fortsetzen und besser koordinieren.

Wachstumsstrategie und globale Ungleichgewichte

Die G20 wollen einen „Rahmen für starkes, nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum“ aufbauen. Dieser mittelfristige Politikrahmen soll die G20-Staaten verpflichten, die Auswirkungen ihrer nationalen Politiken auf das weltwirtschaftliche Wachstum und auf andere Regionen zu berücksichtigen. Das neue nachhaltige Wachstumsmodell soll globale Konsistenz ebenso berücksichtigen wie die soziale und ökologische Dimension wirtschaftlicher Entwicklung. Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird beauftragt zu prüfen, ob die nationalen und regionalen Politiken zusammen passen und den G20 regelmäßig berichten, ob sie dem Ziel eines ausgeglichenen und nachhaltigen Entwicklungspfades der Weltökonomie entsprechen.

Positiv ist die erneute Bezugnahme auf die von Bundeskanzlerin Merkel vorgeschlagene Charta für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die ja einen UN-Wirtschaftsrat und die Umsetzung sozialer und ökologischer Verpflichtungen fordert.

Entgegen den Protesten der deutschen Bundesregierung im Vorfeld von Pittsburgh hat das Thema globaler Ungleichgewichte damit einen hohen Stellenwert bekommen. Defizit- und Überschussländer (namentlich genannt werden natürlich weder die USA noch Deutschland und China) verpflichten sich, ihre respektiven Probleme anzugehen. Überschussländer „verpflichten sich, die Binnenkräfte des Wachstums zu stärken.“ Als Mittel werden unter anderem die Stärkung der Investitionen und der Binnennachfrage benannt. Konkrete Festlegungen haben die Exportstaaten Deutschland und China allerdings verhindert.

IG Metall: Die im Rahmen der G20 übernommene Verpflichtung, mehr für die Binnennachfrage zu tun, ist ein wichtiges unterstützendes Argument für die bevorstehende wirtschaftspolitische Auseinandersetzung in Deutschland.

Den USA sind die Verpflichtungen ins Stammbuch geschrieben worden, die private Ersparnis und die fiskalische Konsolidierung zu fördern und offene Märkte beizubehalten.

Finanzmarktregulierung

Die Finanzminister und Notenbankchefs der G20 werden aufgefordert, auf den folgenden Gebieten aktiv zu werden:

▪ **Eigenkapitalausstattung der Banken**

Ende 2010 sollen abgestimmte Eigenkapitalregeln vorliegen, die den exzessiven Leverage auf den Finanzmärkten senken sollen. In das Basel II-Rahmenwerk soll zusätzlich eine maximale Leverage-Ratio aufgenommen werden, die international harmonisiert wird und die unterschiedliche Rechnungslegungssysteme berücksichtigt.

IG Metall: Diese Richtung stimmt – wenn die Verschuldungsbegrenzung hoch genug ausfällt. Falsch ist dagegen, die neuen Eigenkapitalregeln erst Ende 2012 einzuführen. Es besteht die Gefahr, dass die Banken bis dahin ihre Gewinne wieder an die Aktionäre ausschütten, statt sie zur Stärkung ihres Eigenkapitals zu nutzen.

▪ **Boni**

Wie erwartet gab es den Kompromiss, Boni stärker am langfristigen Geschäftserfolg auszurichten. Die Finanzaufsichtsbehörden, einschließlich des Financial Stability Boards (FSF), sollen die Banken dabei überprüfen und können bei Abweichungen intervenieren.

▪ **Derivatehandel**

Standardisierte Derivate sollen, „wo das geeignet ist“, über öffentliche Handelsplattformen mit einer zentralen Abwicklungsstelle gehandelt werden. Geschäfte, die nicht über zentrale Stellen abgewickelt werden, sollen mit höherem Eigenkapital unterlegt werden.

IG Metall: Das heißt: es wird versucht, den over the counter–Handel einzudämmen, aber ohne Biss. Das reicht nicht: Nur ein konsequentes Abschaffen des Direkthandels wird ermöglichen, den grassierenden Missbrauch von Derivaten abzuschaffen.

▪ **Systemrelevante Banken**

Systemrelevante Banken sollen selber Notfallpläne entwickeln.

IG Metall: Die IG Metall fordert statt dessen: Beteiligung der Banken am Systemrisiko, indem dafür ein gemeinsamer Fonds geschaffen wird, in den die Banken entsprechend ihrem Systemrisiko einzahlen müssen (Roubini–Plan).

▪ **Finanzaufsicht**

Die G20 loben im Text „substantiellen Fortschritte bei der Verbesserung der Bankenaufsicht“.

IG Metall: Aus Sicht der IG Metall sind Fortschritte in Wirklichkeit (siehe Wirtschaft aktuell 17/2009) nur marginal. Zu verbindlichen Aufgaben und Rechten einer globalen Aufsicht in Gestalt des neu geschaf-

tenen Financial Stability Board (außer Koordination und Monitoring - was immer das genau ist) gibt es weiterhin keinerlei Aussage.

▪ **Finanztransaktionssteuer**

Die Steuer wird nicht explizit erwähnt. Sie ist aber als Option im Auftrag an den Internationalen Währungsfonds (IWF) enthalten. Er soll bis zum nächsten Treffen der G20 einen Bericht vorlegen, welche Vorschläge die Mitgliedstaaten gemacht haben, um die Finanzinstitute an den Kosten der Krise zu beteiligen. IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn hat die Einführung einer Devisenumsatzsteuer (Tobin-Steuer) aber bereits abgelehnt. Ob der IWF dann einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer positiver gegenüber steht, ist offen.

IG Metall: Hier darf der politische Druck auch auf die deutsche Bundesregierung nicht nachlassen!.

Beschäftigung und qualitative Arbeitsplätze

Dem Anliegen, Beschäftigung und gute Arbeitsplätze zum Herz des Aufschwungs zu machen, wird ein ganzer Abschnitt der Abschlusserklärung gewidmet.

IG Metall: Das ist anzuerkennen und überfällig, wird jedoch inhaltlich der bevorstehenden Beschäftigungskrise überhaupt nicht gerecht. Kein Wort zur globalen Umverteilung als Krisenursache und keinerlei Hinweis zu einem koordinierten Programm zur Rettung von Arbeitsplätzen in den OECD-Staaten. Kein Hinweis, wie dem Anstieg der Hungernden in den Entwicklungsländern auf eine Milliarde Menschen begegnet werden soll. Positiv zu bewerten ist allein die Anerkennung der besonderen Rolle und Initiativen der ILO.